

**Zur Sitzung des Integrationsrats am 14.4.2010**  
Antrag gem. § 3 der Geschäftsordnung

Antrag

zur Einrichtung eines Nothilfefonds für Interkulturelle Zentren, die Hausaufgabenhilfen für Migrantenkinder und die Jugendpflege in offenen Einrichtungen

Ein Ratsbeschluss vom 24.3.2010 sieht vor, dass die im Haushalt geplanten Kürzungen ab sofort angewendet werden. Für etliche Bereiche der Integrationsförderung hieße das eine Kürzung der Zahlungen schon im zweiten Quartal 2010; Kriterien für die Konkretisierung der Einsparungen wurden noch nicht abschließend diskutiert. Es ist nicht absehbar, welche Verschlechterungen sich bis zum Herbst noch ergeben.

**Zur Begründung:**

Für die politische Bewertung der anstehenden Kürzungen gibt es keine ausreichende Vorbereitung. Ein fachliches Konzept mit Prioritäten oder Kriterien liegt dem Integrationsrat nicht vor. Das führt -wie schon in früheren Sparphasen- dazu, dass sich starke Träger und städtische Maßnahmen besser behaupten können als diejenigen von freien Trägern, Zentren und Selbsthilfeorganisationen. Fehlende fachliche Vorgaben führen außerdem erfahrungsgemäß zu einer Flucht der Träger aus schlecht finanzierten offenen Bereichen hin zu lukrativen erzieherischen Maßnahmen. Das ist aber nicht der vorrangige Bedarf in Integrations- und Jugendförderung! Es kann auch zu unerwünschten Schließungen kommen.

Schon in der Vergangenheit haben sich Nothilfefonds bewährt, die der Verwaltung die Möglichkeit gaben, rechtzeitig die Auswirkung von Kürzungen in der Praxis vorherzusagen und unerwünschten Schließungen vorzubeugen. Zu den besonders gefährdeten Bereichen zählen die Interkulturellen Zentren, die Hausaufgabenhilfen für Migrantenkinder und die Jugendpflege in offenen Einrichtungen. Ein Nothilfefonds kann helfen, die schon jetzt erkennbare Dynamik zu bremsen, die dazu führt, dass weniger gut finanzierte Aufgaben von den Trägern aufgegeben und stattdessen mehr erzieherische und kontrollierende Aufgaben mit sicherer oder „flächendeckender“ Finanzierung ausgebaut werden.

**Der Integrationsrat bittet vor diesem Hintergrund den Rat der Stadt Köln einen Nothilfefond für die Interkulturellen Zentren und Maßnahmen der Jugendförderung für Migranten einzurichten.**

Gez.  
Yeliz Karadeli-Yasar